

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. jur. D. Hanmann.

X. Jahrgang.

Berlin, Dienstag, den 6. Januar 1891.

N^o 1.

Die Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeit.

Reichstag und Abgeordnetenhaus nehmen nunmehr, und zwar ersterer am 13., letzteres am 8. Januar, ihre Arbeiten wieder auf. In beiden Häusern werden zunächst die Statsverhandlungen den Vorrang haben. Im Reichstage war bekanntlich der Stat bereits in erster Lesung erledigt, während die Einbringung des preussischen Stats für das Jahr 1891/92 noch bevorsteht. Ueber den letzteren sind zuverlässige Mittheilungen noch nicht bekannt geworden; aber man wird nicht fehl gehen, wenn man annimmt, es werde auch im Abgeordnetenhaus der Schwerpunkt der Plenarberatungen zunächst in den Verhandlungen über den Staatshaushalt liegen, zumal die Commissionsberatungen der großen Reformentwürfe vor der Hand noch nicht so weit gefördert worden sind, daß letztere alsbald Gegenstand der Beratungen im Plenum sein werden.

Anders liegt es im Reichstage. Hier wird neben der zweiten Lesung des Stats die von der betreffenden Commission durchberathene Novelle zur Gewerbeordnung, welche auch kurzweg „Arbeiterschutzesetz“ genannt wird, den Hauptgegenstand der Plenarberatungen bilden. Die Commission war bestrebt, in manchen Punkten sich der ursprünglichen Regierungsvorlage wieder zu nähern, nachdem der Wettstreit der Parteien in Bezug auf den Arbeiterschutz zuerst zu einzelnen Beschlüssen geführt hatte, welche vom Standpunkte der Arbeitgeber und der Industrie im Allgemeinen aus bedenklich erschienen. Es liegt vor der Hand noch keine autorisirte Erklärung über die Annehmbarkeit der Abweichungen der schließlichen Commissionsbeschlüsse von der Regierungsvorlage vor; indeß darf man sich wohl der Hoffnung hingeben, daß es gelingen werde, im Reichstage zu einem Einvernehmen zu gelangen, welches den Arbeitern einen gegen früher erweiterten Schutz gewährt ohne unerträgliche Schädigung der Interessen der Industrie. Der Reichstag wird überdies noch in die erste Berathung des neuen Branntweinsteuergesetzentwurfs zu treten haben und außerdem in seinen Commissionen mit der Vorberathung des Patent-, des Gebrauchsmuster-, des Krankenversicherungs- und des Zuckersteuergesetzes beschäftigt sein. Dieses Pensum ist groß genug, um für eine erfolgreiche Arbeit seine ganze Kraft in Anspruch zu nehmen, und es wird auch sicherlich nicht an dem Gelingen fehlen, wenn auch hier und da in den ersten Beratungen, z. B. bei dem Zuckersteuergesetz, sich ein größerer Widerspruch angekündigt hat.

Auch die Aussichten der Arbeiten in den Commissionen des Abgeordnetenhauses dürfen vor der Hand als nicht ungünstige bezeichnet werden. Es hat sich allerdings bezüglich der Landgemeindeordnung ein größerer Gegensatz zwischen der Regierung und der Majorität der Commission entwickelt. Aber es ist zu beachten, daß weder hier schon noch auch im Plenum das letzte Wort gesprochen worden ist. Vielmehr ist zu hoffen, daß auch auf Seiten der Conservativen eine ruhigere Auffassung und Behandlung der streitigen Fragen Platz greifen wird, wenn man sich der mahnenden Worte des Reichskanzlers, die er zum Beginn der Beratungen der gesammten Reformvorlagen dem Hause zugerufen hat, erinnert, daß nämlich das gesammte Reformwerk den Zweck verfolgt, einmal den Staat direkt zu stärken und sodann dem Staate indirect in dem großen ihm aufgezwungenen Kampfe gegen die Elemente des Umsturzes neue Kraft zuzuführen. In dem Augenblicke, da alle Parteien sich mehr und mehr sammeln sollten, um Schulter an Schulter den Kampf gegen den gemeinsamen Feind zu führen, würde es in der That einen traurigen Eindruck machen, wenn die zur Vertheidigung des Vaterlandes berufene Phalanx sich zersplitterte und wenn ihre Theile gegen einander die Waffen führen wollten. An dem Dritten, welcher sich über diesen Streit freut und daraus Nutzen zieht, würde es nicht fehlen.

Wir begrüßen die parlamentarischen Körperschaften bei ihrem erneuten Zusammentritt mit dem Wunsche, daß sie in Frieden und Eintracht die ihnen zugewiesenen Aufgaben zum Wohle des Vaterlandes glücklich lösen mögen.

Wider die Religion.

Ueber ihre Stellung zur Religion ist die socialdemokratische Arbeiterpartei sich noch nicht ganz einig, d. h. mit dem Christenthum selbst ist sie längst fertig, nur über die Behandlung dieser Frage in der Oeffentlichkeit gehen die Meinungen auseinander. Auf dem Hallenser Parteitage verlangten Einige, besonders Delegirte aus Großstädten, offenen Kampf gegen die Religion, Massenaustritt aus der Landeskirche, wogegen andere Redner davon ausgingen, daß die Religion doch ein überwundener Standpunkt sei, weshalb man sich gegen sie nicht besonders zu erhitzen brauche; eine dritte Richtung verlangte Schonung der religiösen Gefühle aus taktischen Gründen, weil sonst die Landbevölkerung vor den Kopf gestoßen und die Agitation unter ihr der Partei sehr erschwert werde, aus welchem Grunde schon auf dem Kopenhagener Congreß (1883) beschlossen worden war, jeden Angriff auf die Religion vorläufig zu vermeiden.

Der „zielbewußte“ Socialdemokrat will keine Religion und kann sie nach seiner ganzen nur der Erde und ihren Gütern zugewandten Gedankenwelt nicht wollen. Zeugnisse aus der socialistischen Literatur, welche für den christlichen Glauben eintreten, sind uns nicht bekannt. Dagegen liegen sehr viele crasse Aussprüche wider ihn vor. Von den rohen Lästerungen in socialistischen Tageblättern und Flugschriften, wie z. B. des Züricher „Socialdemokraten“, der 1880 das Christenthum eine „blödsinnige“ Religion nannte, wollen wir noch absehen. Aber Bebel, der Führer, bekennt in seinem Buche über die mohamedanisch-arabische Kulturperiode offen, daß für ihn die Entwicklung der Religion auf die Abschaffung aller Religion hinauslaufe und die höchste Stufe der Atheismus d. h. die Gottlosigkeit sei. Ferner heißt es in seiner Schrift über die Frau bei Schilderung des glücklichen Zukunftsstaates, in dem es keine Verbrechen, weder politische noch gemeine, gebe: „Religionschändung? Unsinn; überläßt dem „allmächtigen und allgütigen“ Gotte zu bestrafen, wer ihn beleidigt, vorausgesetzt, daß man sich um die Existenz Gottes noch streitet.“

Aber noch mehr, die Religion gilt als der größte Feind. Das officielle Parteiorgan, Berliner Volksblatt, jekt Vorwärts geheißt, druckte Anfang December 1890 einen Artikel von Marx aus dem Jahre 1844 wieder ab. Darin wird die Aufhebung der Religion als des illusorischen Glücks des Volkes als die Forderung seines wirklichen Glücks hingestellt. Die Kritik der Religion sei im Keime die Kritik des Jammerthales, dessen Heiligenschein die Religion sei. Es handle sich darum, den Deutschen keinen Augenblick der Selbsttäuschung und Resignation zu gönnen. Den wirklichen Druck müsse man noch drückender machen, indem man ihm das Bewußtsein des Drucks hinzufüge. Glücklicherweise sei die deutsche Theorie für entschiedene positive Aufhebung der Religion. Die Kritik der Religion ende mit der Lehre, daß der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei, also mit dem kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen sei, Verhältnisse, die man nicht besser schildern könne, als durch den Ausruf eines Franzosen bei einer projektierten Hundesteuer: Arme Hunde! Man will euch wie Menschen behandeln. Deutschland kann hiernach nur befreit werden, wenn es einfieht, daß der Mensch das höchste Wesen für den Menschen, wenn der Gottesglaube ge-

schwunden und das Bedürfnis, Alles umzuwerfen, in die breiten Massen gedrungen ist. Das geistige Haupt der Socialdemokratie sah deshalb in der Religion die feindlichste Macht, weil sie dem Menschen ein inneres Glück, Zufriedenheit und Trost gewährt.

Daher kennzeichnet es nicht bloß den religiösen Sinn, sondern auch die hohe Weisheit Kaiser Wilhelms I., als er bald nach den elenden Attentaten sagte: „Dem Volke soll die Religion erhalten bleiben.“ Was den auf der Höhe wahrer Wissenschaft Stehenden die Erkenntniß sagt, das wird dem einfachen Manne das natürliche Gefühl sagen, daß nämlich der geistige Hochmuth, der sich in den Angriffen auf die Religion verbirgt, der schlimmste Feind gegen die Erziehung der Nation zu höchster Cultur ist. Ein alter Demokrat und keineswegs frommgläubiger Mann, Johannes Scherr, schrieb in seiner derben Weise: „Von dem, was in der Seele des Volkes vorgeht, des wirklichen und wesenhaften Volkes, welches mit dem in der Substanz kommunistisch-arnarchistischen Hegeri zurecht gemachten Abstractum „Volk“ nichts gemein hat — ja davon haben die Herren Materialisten nicht die entfernteste Vorstellung. Kummern sich auch nicht darum. Sie wännen, dem „Fortschritt“ zu dienen, wenn sie die Erde entgöttern, d. h. der Menschheit ihre Illusionen nehmen. Aber ohne Götter, Ideale und Illusionen ist der Mensch nur ein zweibeiniges federloses Stück Vieh.“ Man mag es daher noch so klug und schonend anfangen, das wesenhafte Volk wird seine Religion, sein Christenthum, nicht gegen revolutionäre Leidenschaften und materialistische Versprechungen vertauschen.

Bur ländlichen Arbeiterfrage in den östlichen Provinzen.

Zu neuerer Zeit sind aus landwirthschaftlichen und industriellen Kreisen der östlichen Provinzen wiederholt Klagen über den in stetiger Zunahme begriffenen Mangel an Arbeitskräften laut geworden.

Nach dem Ergebnis der Ermittlungen über die Ursachen dieser Beschwerden sind die letzteren einestheils auf die Auswanderung von Arbeiterfamilien, anderentheils aber darauf zurückzuführen, daß alljährlich vom Frühjahr bis zum Herbst die in den östlichen Provinzen heimischen Arbeiter in großer Zahl nach dem Westen sich wenden, um als sog. Sachfengänger einen lohnenderen Verdienst zu finden, als ihnen die Arbeitgeber der Heimath zu gewähren im Stande sind.

Da die stattgehabten Erhebungen außerdem noch ergeben hatten, daß dieser Arbeitermangel erst dann sich in größerem Umfange fühlbar gemacht hat, als der vollständige Abschluß der östlichen Landesgrenze gegen die ausländischen Einwanderer angeordnet worden war, so ist in Erwägung gezogen worden, ob nicht eine weniger strenge Handhabung der auf Abschließung der Grenze gerichteten Maßregeln zulässig und demgemäß wieder zu gestatten sei, daß, wie früher, die ausländischen Arbeiter als Ersatz für die als Sachfengänger in den westlichen Provinzen beschäftigten einheimischen Arbeiter eintreten und dem Mangel an Arbeitskräften abhelfen.

Um festzustellen, in wie weit ohne Schädigung der staatlichen Interessen in diesem Sinne vorgegangen werden könne, sind durch Verfügung des Ministers des Innern vom 26. November v. J. die Ober-Präsidenten der beteiligten Provinzen zunächst für die Dauer von drei Jahren ermächtigt worden, unter Berücksichtigung besonderer lokaler Verhältnisse und Bedürfnisse den Zuzug und den Aufenthalt russischer und galizischer Arbeiter zum Zweck der Beschäftigung in den landwirthschaftlichen und industriellen Betrieben ihres Verwaltungsbezirks zu gestatten und die dazu erforderlichen Anordnungen zu treffen. Es soll jedoch, dem Reichsanzeiger zufolge, bei den Verfügungen davon ausgegangen werden, daß es sich nur um die Zulassung von ländlichen und industriellen „Arbeitern“, und zwar vorzugsweise von einzeln stehenden Personen beiderlei Geschlechts, handelt, Familien mit Kindern dagegen nur ausnahmsweise, wo besondere Verhältnisse dies nothwendig machen, zugelassen werden. Auch soll mit Rücksicht darauf, daß die Sachfengänger nur vom Frühjahr bis zum Herbst von der Heimath abwesend zu sein pflegen, thunlichst dahin gestrebt werden, daß die ausländischen Arbeiter in der eine regelmäßige Arbeit ausschließenden Jahreszeit ihren Aufenthalt im Inlande nicht fortsetzen.

Politische Tagesfragen.

Der Ausschuß für die Schulfrage.

Laut Kabinettsordre vom 29. Dezember sind in den Ausschuß zur Vorbereitung der Reform des höheren Unterrichtswesens berufen worden: 1) der Geheime Ober-Regierungsrath Dr. Hinzpeter zu Bielefeld als Vorsitzender, 2) der Kurator der Universität Halle-Wittenberg, Geheimer Ober-Regierungsrath D. Schrader zu Halle als Stellvertreter des Vorsitzenden, 3) der Ober-Realschul-Direktor Dr. Fiedler zu Breslau, 4) der Geheime Sanitäts-Rath Dr. Graf zu Elberfeld, 5) der Oberlehrer a. D. Dr. Kropatschek zu Berlin, 6) der königliche Realgymnasial-Direktor Dr. Schlee zu Altona, 7) der Abt von Loccum, Ober-Konfistorial-Rath D. Uhlhorn zu Hannover. Mitglieder des Ministeriums der geistlichen u. Angelegenheiten sind nicht in den Ausschuß berufen worden. Dagegen sind mehrere vortragende Räte des Ministeriums zu Referenten bestellt worden und zwar der Geheime Ober-Regierungsrath Dr. Stauder zum General-Referenten, ferner die Geheimen Ober-Regierungsräte Dr. Wehrenpffennig und Böhk, der Geheime Regierungsrath Dr. Höpfner und der Provinzial-Schulrath Dr. Köpke zu Referenten für die von ihnen vertretenen Gebiete.

Die Verhandlungen des Ausschusses beginnen Dienstag, den 6. Januar. Aufgabe des Ausschusses wird es nach dem Reichsanzeiger vornehmlich sein, die Grundzüge der Lehrpläne festzustellen, die Rang- und Gehaltsverhältnisse der Lehrer zu regeln und Vorschläge wegen Regelung des Berechtigungswesens für den Einjährig-Freiwilligen-Dienst zu machen.

Anerkennung der Republik Brasilien.

Dem „Marinebefehl“ zufolge, ist nach Mittheilung des auswärtigen Amtes die Republik der Vereinigten Staaten von Brasilien von Sr. Majestät dem Kaiser und König anerkannt worden.

Verdeutschung von Ortsnamen.

Der Reichskanzler hat an den Vorstand des Berliner Zweigvereins des Allgemeinen deutschen Sprachvereins folgendes Schreiben gerichtet:

„Berlin, den 17. Dezember 1890.

Von dem Inhalt der gefälligen Zuschrift vom 29. v. Mts., in welchem der Vorstand seine Dienste zum Zwecke eines weiteren Vorgehens behufs der Verdeutschung der innerhalb des Reichsgebiets noch vorhandenen fremdsprachlichen Ortsnamen anbietet, habe ich mit lebhaftem Interesse Kenntniß genommen. Ich habe gern Veranlassung genommen, den beteiligten hohen Bundesregierungen, nämlich der königlichen Sächsischen und der königlichen Württembergischen Regierung sowie dem kaiserlichen Statthalter in Elsaß-Lothringen von Ihrer Eingabe Mittheilung zu machen und die Erwägung der darin enthaltenen Vorschläge anheimzugeben.

Der Reichskanzler.

In Vertretung: v. Böttcher.“

Die Bierbrauerei im Jahre 1889/90.

Ueber die Bierbrauerei während des Etatsjahres 1889/90 haben die Direktivbehörden der Steuerverwaltung folgende Angaben gemacht, welche in der amtlichen Monatschrift des statistischen Büreaus veröffentlicht werden. „Auf den Bierverbrauch wirkten verschiedene Umstände fördernd ein, und die Bierproduktion hat in Folge dessen in allen Bezirken gegen das Vorjahr erheblich zugenommen. Zunächst hat der Aufschwung, den Industrie und Handel im Jahre 1889 nahmen, die Bevölkerung im allgemeinen verbrauchsfähiger gemacht. Namentlich hat sich die wirtschaftliche Lage und die Lebenshaltung der Arbeiterbevölkerung in Folge der zahlreichen Lohnaufbesserungen wesentlich verbessert. Sodann hat die Vertheuerung oder Verschlechterung des Trinkbranntweins zur Verstärkung des Bierverbrauchs einigermaßen beigetragen, und in derselben Richtung hat die große Hitze in den Monaten Mai und Juni des Jahres 1889 eingewirkt. Endlich hat der ungünstige Ausfall der Wein- und Obsterte dort, wo besonders Wein- und Obstwein getrunken zu werden pflegt, den Biergenuß gefördert. Einen wesentlichen Einfluß auf die Zunahme des Bierverbrauchs üben auch die Bemühungen der größeren Brauereien aus, dem Publikum den Bezug ihrer Erzeugnisse nach Möglichkeit zu erleichtern, besonders dadurch, daß sie das Umfüllen in Flaschen selbst übernehmen und ihr Flaschenbier in die entlegensten Bezirke und Ortschaften in jeder gewünschten Menge liefern. Durch die Einführung von Bierdruckapparaten mit flüssiger Kohlensäure wird aber auch das Fassbier, selbst in den kleinsten Wirtschaften und auf dem Lande, für längere Zeit in gutem Zustande erhalten. Dazu liefern solche Brauereien, welche im Besitze von Eisenerzeugungs-Maschinen sind, vielfach an die Wirthe, die ihr Bier verzapfen, den nöthigen Eisvorrath unentgeltlich.“

Im Jahre 1889/90 waren im Brausteuergebiet (also excl. Bayern) 9275 Brauereien im Betriebe gegen 9556 im Vorjahre. Die Zahl der gewerblichen Brauereien darunter betrug 8352 gegen 8540 im Vorjahre. Obergähriges Bier haben bereitet 6112 Brauereien gegen 6377 im Vorjahre, untergähriges Bier 3162 Brauereien gegen 3177 im Vorjahre. An Braustoffen wurden verwandt 6 326 405 Doppelcentner; das ist gegen das Vorjahr ein Plus von 592 870 Doppelcentnern. Die Verwendung der Malzjurrogate hat sich von 49 528 auf 71 170 Doppelcentner erhöht. Von dem Plus entfallen auf Reis 7913, auf Zucker 10 940 Doppelcentner. Im Ganzen wurden 32 189 415 Hektoliter Bier erzeugt gegen 28 655 657 im Vorjahr. Das Plus entfällt zu 4/5 mit 2 941 135 Hektolitern auf untergähriges Bier. Die höchstbesteuerte Brauerei hat 196 440 Mark Brausteuer entrichtet. Zugewonnen hat die Zahl der Brauereien mit über 60 000 Mark Brausteuer von 45 auf 55, der Brauereien von 30 000—60 000 Mark von 69 auf 98, derjenigen von 15 000 bis 30 000 von 192 auf 206. Die Zahl aller anderen Steuerklassen der Brauereien hat abgenommen mit Ausnahme derjenigen von 1500 bis 3000 Mark.

Die Entwerthung der Beitragsmarken in den Quittungskarten

der Invaliditäts- und Altersversicherung geschieht nach bundesrätlicher Anordnung wie folgt: Arbeitgeber, welche Marken einleben, sowie Versicherte sind befugt, die in den Quittungskarten eingelebten Marken in der Weise zu entwerthen, daß die einzelnen Marken handschriftlich oder unter Verwendung eines Stempels mit einem die Marken in der Hälfte ihrer Höhe schneidenden schwarzen wagenrechten schmalen Strich durchstrichen werden. Andere auf die Marken gesetzte Zeichen gelten, so lange die die Marken enthaltenden Quittungskarten noch nicht zum Umtausch eingereicht sind, nicht als Entwerthungszeichen. Bei der Entwerthung dürfen die Marken nicht unkenntlich gemacht werden. Insbesondere muß der Geldwerth der Marken, die Lohnklasse und die Versicherungsanstalt, für welche die Marke ausgegeben ist, bei Doppelmarken auch das Kennzeichen der Zusatzmarke erkennbar bleiben.

Eisenbahnunfall.

Das königliche Eisenbahnbetriebsamt in Posen theilt über den am 4. d. Nachmittags auf dem dortigen Bahnhof erfolgten Eisenbahnunfall Folgendes mit:

Am 4. Januar d. J. brach an dem vorletzten Wagen des fahrplanmäßig um 3 Uhr 10 Minuten Nachmittags von Stargard in Posen eintreffenden Personenzuges 1207 vor Einfahrt in den Bahnhof in der Nähe des Wärterpostens Nr. 106 in 166,2 km ein Gußstahlscheibenrad. Der Zug fuhr im Gefälle und der beschädigte Wagen blieb im Geleise. Erst auf dem Viabukt in 165 790 km setzte der beschädigte Wagen aus, wodurch ein Schienenbruch entstand, und lief mit einer Achse neben dem Geleise, wobei die Lachsenbolzen bis zur Einfahrtsweiche fast sämtlich abgeschnitten wurden. Da die Fahrt bis zur Einfahrtsweiche nicht mit außergewöhnlichen Schwankungen verbunden gewesen sein soll, so ist von keinem der Reisenden die Carpenter Bremse gedreht worden, wodurch der Zug bald zum Stillstand gekommen und größeres Unglück voraussichtlich vermieden worden wäre. Bei der Einfahrt in die unmittelbar hinter der Caponiere befindliche Weiche brückte der entgleiste Wagen die Letztere auf Ablenkung und zweigte mit dem darauf folgenden Personenzug unter Bruch der Kuppelung in das Nebengeleis ab, auf welchem ein Rangirzug Bewegungen ausführte. Es erfolgte hierauf ein heftiger Zusammenstoß zwischen dem in Bewegung befindlichen Rangirzuge und den beiden Personenzügen. Hierbei wurde von den Insassen ein Reisender „Bauaufseher Anton Koslowicz aus Münchendorf bei Golnow“ getödtet und dessen Tochter Wanda schwer verletzt. Außerdem erlitten schwere Verletzungen: die Wittve Pauline Strauß geb. Goy aus Bronke und der Schüler der landwirthschaftlichen Schule zu Fraustadt, Eugen Reck aus Neuborf bei Schönlanke. Leicht wurden 13 andere Reisende verletzt. Außerdem sind 3 Beamte bezw. Arbeiter der Eisenbahnverwaltung leicht beschädigt. Die Wittve Strauß und der Schüler Reck werden im Diakonissenhause ärztlich behandelt. Zwei unter den Leichtverletzten befindliche Dragoner, deren Verletzungen anfänglich als schwere angesehen wurden, sind nur leicht beschädigt und im hiesigen Garnisonlazareth untergebracht. Die übrigen Verletzten befinden sich in ihrer Behausung bezw. bei ihren Angehörigen.

Den Verletzten wurde sofort auf dem Bahnhofs die erste ärztliche Hülfe zu Theil.

Der Betrieb war etwa 5 Stunden unterbrochen. Am 5. Morgens traf ein Commissar der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Breslau in Posen

ein, welcher die Unfallstelle besichtigte und die Verletzten im Diakonissenhause und im Garnisonlazareth aufsuchte. Der traurige Unfall ist lediglich auf den Bruch des Scheibenrades, welcher anscheinend in Folge schnellen Temperaturwechsels eingetreten ist, zurückzuführen. Die Schuld eines Beamten oder Arbeiters der Eisenbahn-Verwaltung erscheint ausgeschlossen.

Die Schulbildung im Heere.

In dem Erfahrsjahre 1889/90 wurden 102 990 Mann aus dem preussischen Staat bei dem Landheer und der Marine eingestellt. Von diesen waren nach dem „Centralblatt für das gesammte Unterrichtswesen in Preußen“ 98 692 oder 95,83 Procent mit Schulbildung in der deutschen Sprache, 3473 oder 3,37 Procent mit Schulbildung nur in der nicht deutschen Muttersprache und 825 oder 0,80 Procent ohne Schulbildung.

Unter den eingestellten Mannschaften hatten Schulbildung nur in der nicht deutschen Muttersprache genossen: 29,55 Procent oder fast drei Zehntel im Regierungsbezirk Posen, 20,74 Procent oder rund ein Fünftel im Regierungsbezirk Bromberg, 12,94 Procent im Regierungsbezirk Oppeln, 7,53 Procent im Regierungsbezirk Marienwerder, 2,27 Procent im Regierungsbezirk Danzig, 1,09 Procent im Regierungsbezirk Königsberg, 1,06 Procent im Regierungsbezirk Gumbinnen und 0,51 Procent im Regierungsbezirk Schleswig. In den anderen Regierungsbezirken fanden sich solche Mannschaften entweder gar nicht oder nur in verschwindend kleiner Anzahl.

Auch an der Stellung von Mannschaften ohne Schulbildung waren insbesondere die ostpreussischen, westpreussischen und posenschen Regierungsbezirke nebst dem Opperländer theilhaftig; denn unter den Eingestellten befanden sich im Regierungsbezirk Königsberg 2,26 pCt., im Regierungsbezirk Gumbinnen 2,60 pCt., im Regierungsbezirk Danzig 2,71 pCt., im Regierungsbezirk Marienwerder 3,67 pCt., im Regierungsbezirk Posen 3,62 pCt., im Regierungsbezirk Bromberg 1,69 pCt. und im Regierungsbezirk Oppeln 1,61 pCt. Analphabeten, während deren Procentfuß in den Regierungsbezirken Potsdam mit Berlin, Frankfurt, Stettin, Köslin, Stralsund, Breslau, Liegnitz, Magdeburg, Merseburg, Schleswig, Hannover, Stade, Arnberg, Kassel, Koblenz, Düsseldorf, Köln, Trier und Aachen sich zwischen 0,02—0,38 pCt. bewegte und in den Regierungsbezirken Erfurt, Hildesheim, Lüneburg, Osnabrück, Aurich, Münster, Minden, Wiesbaden und Sigmaringen Leute ohne Schulbildung unter den Eingestellten überhaupt nicht vorkamen.

Der Verband der Hessen-Kasselschen Raiffeisen'schen Organisation

ländlicher Darlehnskassen zählt zur Zeit 122 Kassen und eine Reihe von weiteren Kassen ist in der Bildung begriffen. Ueberhaupt ist in Hessen in den gegen den Wucher gerichteten Bestrebungen eine erfreuliche Regsamkeit zu bemerken. Bei der zunehmenden Ausbreitung der Darlehnskassenvereine wird von der Centralleitung zu Neuwied beabsichtigt, Kreis-Unterverbände ins Leben zu rufen und der allgemeine Beitritt der Vereine zur landwirthschaftlichen Central-Darlehnskasse zu Neuwied erstrebt.

Badlewski.

Der Journalist La Bruhere in Paris, der den Mörder des russischen Generals Seliberstow, namens Badlewski, zur Flucht verholfen und sich dessen öffentlich berühmt hatte, ist schon vor einiger Zeit verhaftet worden. Sein College Grégoire hatte den Badlewski erst in Paris beherbergt und dann selbst nach Italien begleitet; er hielt sich zuletzt in Palermo auf, von wo Badlewski weiter nach dem britischen Malta geflüchtet sein soll. Jetzt melden Pariser Blätter, daß Grégoire nach Paris zurückgekehrt und hier verhaftet worden sei.

Personalien.

Dem Regierungs-Assessor Parisius zu Kassel ist die kommissarische Verwaltung des Landrathsamts im Kreise Zabrje, Regierungsbezirk Oppeln, übertragen worden. Der neuernannte Regierungs-Assessor von Dikfurth ist der königlichen Regierung zu Kassel überwiesen worden.